N i e d e r s c h r i f t

Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Upahl

Sitzungstermin: Donnerstag, 05.02.2015
Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr
Sitzungsende: 21:30 Uhr
Ort, Raum: Gemeindezentrum Upahl, 23936 Upahl

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Herr Steve Springer

Mitglieder

Herr Thomas Frahm

Herr Egbert Freitag

Herr Gerd Körner

Herr Ekkehard Schneider

Herr Tobias Gebühr

Herr Steffen Mumm

Herr Rene Reimann

Herr Heinz-Christoph Stahlhut

Herr Hans-Peter Voß

Verwaltung

Frau Kristine Lenschow 1. Stadträtin

Frau Gabriele Matschke

Frau Pirko Scheiderer

Frau Heidrun Köpke

Gäste

Herr Dipl. Ing. Ronald Mahnel Planungsbüro Mahnel

Bürger der Gemeinde

Abwesend

Mitglieder

Frau Renate Rahn

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Billigung der Sitzungsniederschrift vom 10.09.2014
- 5 Bericht des Bürgermeisters
- 6 Forführung des Haushaltssicherungskonzeptes der Gemeinde Upahl
Vorlage: VO/10GV/2014-140
- 7 Beratung und Beschluss zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan 2015
Vorlage: VO/10GV/2014-139
- 8 Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grundsteuer und Gewerbesteuer der Gemeinde Upahl für das Jahr 2015
Vorlage: VO/10GV/2015-146
- 9 Einzahlungen aus Spenden 2014
Vorlage: VO/10GV/2015-142
- 10 Übertragung von Haushaltsansätzen in das Jahr 2015
Vorlage: VO/10GV/2015-151
- 11 Satzung der Gemeinde Upahl über die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 für das Gebiet "Am Hofteich" in Sievershagen
hier: Städtebaulicher Grundlagenvertrag
Vorlage: VO/10GV/2015-148
- 12 Satzung der Gemeinde Upahl über die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 für das Gebiet "Am Hofteich" in Sievershagen
hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: VO/10GV/2015-149
- 13 Antrag auf finanzielle Unterstützung zur Anschaffung eines Teppichs
Vorlage: VO/10GV/2015-143
- 14 Beschluss über die Hauptsatzung der Gemeinde Upahl
Vorlage: VO/10GV/2015-144
- 15 Beschluss einer neuen Geschäftsordnung für die Gemeinde Upahl
Vorlage: VO/10GV/2015-152

- 16 Erklärung zum Einvernehmen gem. § 16 Kindertagesförderungsgesetz für Mecklenburg-Vorpommern (KiföG M-V)
Vorlage: VO/10GV/2015-147
- 17 Anfragen und Mitteilungen

Nichtöffentlicher Teil

- 18 Bestätigung der Eilentscheidung zur Auftragsvergabe von Bauleistungen zur Baumaßnahme "Modernisierung der vorhandenen Straßenbeleuchtung in der Hauptstraße und Gewerbegebiet Upahl durch energieeffiziente LED-Köpfe"
Vorlage: VO/10GV/2014-138
- 19 Klärung von Eigentums- und Nutzungsverhältnissen auf überbauten gemeindeeigenen Flächen am Schmiedeweg und an der Hauptstraße Sieverhagen
Vorlage: VO/10GV/2014-141
- 20 Verkauf von Teilflächen aus dem Flurstück 32, Flur 1, Gemarkung Blieschendorf
Vorlage: VO/10GV/2015-145
- 21 Bestätigung der Eilentscheidung des Bürgermeisters zur Errichtung eines Funkturms im Gewerbegebiet Upahl
Vorlage: VO/10GV/2015-150
- 22 Anfragen und Mitteilungen

Öffentlicher Teil

- 23 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit
--

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und begrüßt alle anwesenden Gemeindevertreter und Gäste. Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Die Gemeindevertretung ist beschlussfähig, von insgesamt 11 Gemeindevertretern sind 10 anwesend

zu 2 Bestätigung der Tagesordnung
--

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

zu 3 Einwohnerfragestunde

- Herr Roschlau macht darauf aufmerksam, dass eine Wertstofftonne am Wohnblock in der Breiten Str. in Upahl viel zu wenig ist. Diese ist bereits nach einem Tag mehr als gefüllt. Auf Nachfragen nach weiteren Wertstofftonnen wurde mitgeteilt, dass hier der Hauseigentümer tätig werden muss.

BM: Die Gemeinde wird sich darum kümmern und eine entsprechende Anfrage an die WOBAG richten.

Das gleiche wird für die Wohnblöcke in Hanshagen beantragt, da auch diese Wertstofftonnen schnell gefüllt sind.

- Ein Bürger erkundigt sich nach dem Baubeginn im Siedlerweg in Sievershagen. Er informiert die Gemeindevertretung über die beabsichtigte Abweichung von den Festsetzungen der Ortsgestaltungssatzung bei seinem geplanten Bauvorhaben (Dachneigung unter 30 °). Die Gemeindevertretung wird um Zustimmung gebeten.

Der BM verweist im Zusammenhang mit § 3 Abs. 3 der Hauptsatzung der Gemeinde Upahl auf die Beschlussfassung zu TOP 12 der Tagesordnung. Außerdem informiert der Bürgermeister, dass lt. vorliegenden Sitzungsunterlagen eine dem Antrag entsprechende Festsetzung zur Dachneigung nicht vorgesehen ist.

- Herr Petzold bemängelt die Wege nach Kastahn. Sie sind sehr unübersichtlich und stellen eine Gefahr dar, wenn sich 2 Fahrzeuge begegnen. Gibt es die Möglichkeit, eine Geschwindigkeitsbegrenzung für die „neue Autobahn Sievershagen“ zu beantragen?

F.: Die Prüfung der Möglichkeiten einer Geschwindigkeitsbegrenzung durch die Verwaltung sowie das Aufstellen eines Schildes „gefährliche Kurve“ wird gewünscht.

- Ein Bürger erkundigt sich nach den Möglichkeiten zur Abnahme von 5 Birken auf dem Gemeindeland, Testorfer Str. 2 in Upahl vor seinem Grundstück. Bei Sturm wirken diese in ihrer Substanz schon sehr bedrohlich.

Der BM bestätigt dies und wird prüfen, welche Maßnahmen hier unternommen werden können.

- Frau Gronyko erinnert an die Erneuerung der Straßenbeleuchtung mit LED und die bisherige Abschaltung jeder 2. Straßenlampe. Ist dadurch genügend Strom eingespart worden, um z. B. die Nachtabschaltung in der Boienhägener Str. in Upahl aufzuheben. Der BM wird dies prüfen lassen. Evtl. kann auch an anderer geeigneter Stelle eine Nachtabschaltung vorgenommen werden.

Es ergeht der Hinweis, dass die beiden Lampen am Gemeindehaus in Upahl Tag und Nacht brennen.

BM: Dieser Umstand wird vor Ort geprüft.

- Ein Bürger erkundigt sich nach ersten Ergebnissen bei Umsetzung der gewünschten Geschwindigkeitsbegrenzung in der Dorfstraße.

BM: In der letzten gemeinsamen Ausschusssitzung wurde festgelegt, dass ein Schild aufgestellt wird, dass dem einer „Spielstraße“ entspricht. Diese Schilder lassen sich im ländlichen Raum schlecht genehmigen. Die Einwohner werden gebeten, hier freiwillig langsamer zu fahren.

- Durch einen Bürger wird auf die Wiederherstellung der öffentlichen Wege in Blieschendorf verwiesen. Insbesondere geht es hierbei um den Weg von der Eiche nach Hanshagen. Dabei wird besonders auf die Fahrzeuge der anliegenden Landwirte in

Hanshagen und die genutzten Wege eingegangen.

BM: Der Verlauf der öffentlichen Wege in der Gemeinde wurde abgefragt. Unstimmigkeiten wurden nicht festgestellt. Eine Prüfung wird aber nochmals veranlasst. Den angeführten Weg gibt es bereits seit über 40 Jahren nicht mehr.

- Herr Petzold erkundigt sich, ob nicht die Busse innerhalb des Ortsteils Kastahn drehen könnten, um die dort ortsansässigen Schulkinder mitzunehmen.
BM: Das Gespräch mit den Busbetrieben wird diesbezüglich gesucht.
- Ein Bürger erinnert, dass die Gemeinde Upahl einen Beschluss gefasst hat, die Kosten für die Fahrschul Ausbildung zum Führen von Einsatzfahrzeugen der Feuerwehr für ausgewählte Personen zu übernehmen.
Frau Lenschow bestätigt, dass diese Kosten bisher nicht im Haushalt berücksichtigt wurden. Diese Maßnahme ist aber dennoch durch den Deckungskreis abgesichert.

zu 4 Billigung der Sitzungsniederschrift vom 10.09.2014

Das Protokoll der letzten Sitzung vom 10.09.2014 wird einstimmig bestätigt.

zu 5 Bericht des Bürgermeisters

Der Bürgermeister informiert:

- Investitionen zum Ende des letzten Jahres wurden noch getätigt. Dazu gehörte auch die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED.
- Die Straßenlampen an der großen Ampelkreuzung im Gewerbegebiet und im Ortseingang Upahl leuchten noch nicht. Schäden werden behoben.
- Der Teich in Blieschendorf wurde ausgebaggert und ein Zaun aufgestellt. Jetzt muss noch der Überlauf des Teiches in Angriff genommen werden.

zu 6 Forführung des Haushaltssicherungskonzeptes der Gemeinde Upahl Vorlage: VO/10GV/2014-140

Herr Stahlhut erkundigt sich, ob die Nachtabschaltung in der Boienhägener Str. in Upahl (bei Frau Gronyko) aus dem Haushaltssicherungskonzept rausgenommen werden kann.

Frau Lenschow erklärt, dass die Nachtabschaltung in den Bereichen, die bereits auf LED umgestellt sind, ohnehin keinen Sinn mehr macht.

BM: Die Boienhägener Str. ist aber bisher nicht auf LED umgestellt.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt zu prüfen, ob die Abschaltung bei Frau Gronyko aufgehoben werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 0
Stimmenthaltungen: 0

Sachverhalt:

Gesetzliche Grundlage für die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes bildet der § 43 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg- Vorpommern.

Gemäß § 43 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg- Vorpommern ist das Haushaltssicherungskonzept über den Konsolidierungszeitraum mindestens jährlich fortzuschreiben und diese Fortschreibung bei negativen Abweichungen vom bereits beschlossenen Konzept von der Gemeindevertretung zu beschließen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Upahl beschließt die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für das Haushaltsjahr 2015 und die Finanzplanjahre 2016-2018

Das Konzept muss in den folgenden Jahren fortgeschrieben werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: 10

Nein- Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

zu 7	Beratung und Beschluss zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan 2015 Vorlage: VO/10GV/2014-139
-------------	---

Sachverhalt:

Gemäß den Bestimmungen der §§ 45 bis 47 der Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern wurden die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für das Jahr 2015 aufgestellt.

Haushaltsplan und Haushaltssatzung werden im Vorbericht erläutert.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Upahl beschließt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Jahr 2015.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: 10

Nein- Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

zu 8	Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grundsteuer und Gewerbesteuer der Gemeinde Upahl für das Jahr 2015 Vorlage: VO/10GV/2015-146
-------------	--

Sachverhalt:

Die Hebesätze der Haushaltssatzung treten erst mit Genehmigung des Haushaltes durch die untere Rechtsaufsichtsbehörde in Kraft. Bis zur Genehmigung behalten die bisherigen Hebesätze aus dem Vorjahr ihre Gültigkeit. Die Gemeinde hat jedoch mit dem Haushaltssicherungskonzept eine Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer A, Grundsteuer B und Gewerbesteuer beschlossen. Da die untere Rechtsaufsichtsbehörde angekündigt hat, den Haushalt 2015 erst mit Vorlage der beschlossenen Eröffnungsbilanz zu genehmigen, ist es erforderlich, eine gesonderte Hebesatzsatzung zu erlassen, um die zusätzlichen Erträge dennoch realisieren zu können.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung Upahl beschließt die Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grundsteuer und Gewerbesteuer der Gemeinde Upahl für das Jahr 2015.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: 10

Nein- Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

zu 9 Einzahlungen aus Spenden 2014
Vorlage: VO/10GV/2015-142

Sachverhalt:

Gemäß § 44 (4) Kommunalverfassung MV darf die Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben u.a. Zuwendungen (Spenden) einwerben und annehmen. Zuwendungen dürfen nur durch den Bürgermeister oder einen Stellvertreter eingeworben, das Angebot einer Zuwendung nur von ihnen entgegengenommen werden. Über die Annahme oder Vermittlung entscheidet die Gemeindevertretung, soweit eine in der Hauptsatzung festzulegende Wertgrenze von höchstens 1.000 Euro überschritten wird.

Da die Zuwendungen in der Regel unangekündigt eingezahlt werden und der Verwendungszweck durch den Einzahler vorgegeben wird, hat der Bürgermeister diese per Anordnung angenommen. Eine Annahme durch die Gemeindevertretung ist somit praktisch nicht möglich, es sei denn, die Zuwendung war Bestandteil des Haushaltes. Somit ist ein nachträglicher Beschluss durch die Gemeindevertretung notwendig.

Zusätzlich ist durch die Gemeinde jährlich ein Bericht zu erstellen, in welchem die Geber, die Zuwendungen und die Verwendungszwecke anzugeben sind. Der jeweils aktuelle Bericht ist der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und liegt dem Beschluss als Anlage bei.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung nimmt die anliegende Übersicht der eingegangenen Zuwendungen zur Kenntnis und erteilt ihre Zustimmung zur Annahme der Zuwendungen für den jeweils angegebenen Zweck durch den Bürgermeister.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: 10
Nein- Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

zu 10 Übertragung von Haushaltsansätzen in das Jahr 2015
Vorlage: VO/10GV/2015-151

Sachverhalt:

Gemäß § 15 (5) Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik (GemHVO-D) ist der Gemeindevertretung eine Übersicht der Übertragung von Ermächtigungen zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Die einzelnen Übertragungen sind in der Anlage erläutert.

Die Übertragung der Haushaltsansätze aus dem Jahr 2014 bewirkt die Abnahme der liquiden Mittel im Haushaltsjahr 2015, welche im Finanzhaushalt 2014 berücksichtigt wurde.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: 10
Nein- Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

zu 11 Satzung der Gemeinde Upahl über die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1
für das Gebiet "Am Hofteich" in Sievershagen
hier: Städtebaulicher Grundlagenvvertrag
Vorlage: VO/10GV/2015-148

Sachverhalt:

Die Landgesellschaft M-V mbH beabsichtigt für 2 Teilbereiche die Änderung des B-Planes Nr. 1 für das Gebiet „Am Hofteich“ in Sievershagen. Die betreffenden Flächen befinden sich im Eigentum der Landgesellschaft M-V mbH und des Landes M-V.

Ziel der Änderung ist die Ausweisung einer Bebauung mit Einfamilienhäusern. Bisher war dies auf Grund der Festsetzung für Doppel- und Reihenhausbauung nicht möglich.

Die auf den Flächen vorhandenen landwirtschaftlichen Gebäude wurden von der Landgesellschaft bereits beräumt.

Die Gemeinde Upahl strebt für den Bereich des alten Gutshauses im Geltungsbereich des B-Planes Nr. 1 ebenfalls eine Neuordnung der Bauflächen auf Grund des schlechten Bauzustandes der Bestandsgebäude (Gutshaus mit Nebengebäuden) an. Die Gemeinde möchte sich daher an den Planungskosten für die erforderliche 1. Änderung des B-Planes Nr. 1 beteiligen.

Träger der Planung soll die Landgesellschaft sein, da sie zum einen über den größeren Anteil an Flächen im zu überplanenden Bereich verfügt und zum anderen als Bevollmächtigte für die Landesflächen auftritt. Ursprünglich wollte die Landgesellschaft selbst die erforderlichen Planungsunterlagen durch eigene Mitarbeiter erstellen. Dies ist aus personellen Gründen jetzt jedoch nicht mehr möglich, so dass die Bindung eines externen Planungsbüros erforderlich ist. Die Landgesellschaft hat dafür bereits 2014 das Planungsbüro Mahnel beauftragt.

Die Gemeinde beteiligt sich entsprechend ihrem Flächenanteil von 33,93 % an den Kosten in Höhe von Netto 7.656,84 Euro (Brutto 9.111,64 Euro).

Beschluss:

1. Die Gemeindevertretung der Gemeinde Upahl stimmt dem in der Anlage beigefügten Städtebaulichen Grundlagenvertrag zur Änderung des Bebauungsplanes Nr.1 „Am Hofteich“ Sievershagen mit der Landgesellschaft M-V mbH, Lindenallee 2a, 19067 Leezen, zu.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt mit der Landgesellschaft M-V mbH einen Städtebaulichen Grundlagenvertrag laut Anlage abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: 10
Nein- Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

zu 12	Satzung der Gemeinde Upahl über die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 für das Gebiet "Am Hofteich" in Sievershagen hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss Vorlage: VO/10GV/2015-149
--------------	---

Herr Mahnel erläutert eingehend aufgrund der in der Einwohnerfragestunde gestellten Anfrage die bisherigen Festsetzungen zur Dachneigung. Diese liegen derzeit bei 35 – 45 °, mit Ausnahme bei einem Reetdach bei 60 °.

Innerhalb der Gemeindevertretung werden die Festsetzungen der Ortsgestaltungssatzung ausführlich diskutiert, wobei die Meinungen teilweise sehr unterschiedlich sind.

So wird von Herrn Reimann vorgeschlagen, eine Dachneigung von 20 ° zu gestatten. Dieser Vorschlag findet von mehreren Gemeindevertretern Zuspruch.

Herr Voß hingegen vertritt die Auffassung, dass die Gemeinde sich seit vielen Jahren Gedanken um das Dorfbild gemacht hat und bereits seit über 20 Jahren an die Festlegung

von 35 ° hält. Dies sollte auch so beibehalten werden. Eine Kompromisslösung wäre für Herrn Voß auch denkbar. Diese könnte so aussehen, das man Dächer mit flacher Neigung in einer Ecke des Baugebietes konzentriert.

Letztlich werden nach umfangreicher Diskussion zusammenfassend folgende Festlegungen für den Teilbereich 1 und Teilbereich 2 getroffen:

1. Die Dachneigung für das gesamte Baugebiet (entsprechend Pkt. 1.1) soll auf 25 – 60 ° festgelegt werden.
(8 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme, 1 Stimmenthaltung)
2. Zur Dacheindeckung wird gemäß Pkt. 1.4 festgelegt, dass glänzende, glasierte und reflektierende Dacheindeckungen zulässig sind.
3. Die Höhenregelung für Hecken liegt bei 1,50 m, für Zäune 1,00 m (entsprechend Pkt. 4.2).

Sachverhalt:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Upahl hat bereits den Beschluss über die Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplanes für das Gebiet „Am Hofteich“ in Sievershagen gefasst. Das Plangebiet wird begrenzt:

- im Süden und im Osten durch die Hauptstraße bzw. rückwärtige Grundstücksteile der bebauten Grundstücke an der Hauptstraße,
- im Norden durch bebaute Grundstücke am Schmiedeweg,
- Im Nordosten durch das Grundstück des Bauernhofes, Hauptstraße Nr. 8 und zugehörige Grünflächen,
- Im Südwesten durch die Grundstücksgrenze des bebauten Grundstücks der Hausnummern 14a – 14f der Hauptstraße.

Im Aufstellungsbeschluss ist noch nicht über die Wahl zur Anwendung des Verfahrens entschieden worden.

Die Gemeinde Upahl ergänzt ihren Beschluss dahingehend, dass sie nach Prüfung den Bebauungsplan als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufstellt. Hierauf wird in der ortsüblichen Bekanntmachung hingewiesen. Die Umstellung des Verfahrens wird durch die Gemeindevertretung entsprechend beschlossen.

Für die Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 sind sowohl städtebauliche Entwicklungsabsichten als auch die Anpassung bzw. Reduzierung der gestalterischen Vorgaben ausschlaggebend. Daher teilt sich der Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 in zwei Teilbereiche. Für den Teilbereich 1 sollen städtebauliche Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 1 geändert und an die zukünftigen Entwicklungsabsichten der Gemeinde angepasst werden. Weiterhin werden für den Teilbereich 1 der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 auch die örtlichen Bauvorschriften über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen angepasst. Der Teilbereich 2 wird lediglich hinsichtlich der gestalterischen Festsetzungen geändert. Für den Teilbereich 2 bleiben die nicht geänderten planungsrechtlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 1 auch zukünftig bestehen.

Unter Berücksichtigung des nunmehr vorhandenen Bestandes innerhalb des Teilbereiches 1 wird nach neuen Überlegungen für die Bebauung gesucht. Die Erschließung ist bereits hergestellt. Die Straße als Haupteerschließungsstraße besteht. Die ursprünglich landwirtschaftlich genutzten baulichen Anlagen und befestigten Flächen wurden beseitigt. Unter Berücksichtigung der Zielsetzungen im ländlichen Bereich ist die Bereitstellung von Grundstücken für eine Neubebauung vorgesehen. Die Festsetzungen des bestehenden Bebauungsplanes Nr. 1 werden auf die nun beabsichtigte städtebauliche Entwicklung der Gemeinde angepasst.

Beschluss:

1. Die Gemeindevertretung der Gemeinde Upahl fasst den Beschluss, den am 10.09.2014 zur Aufstellung beschlossenen Bebauungsplan als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufzustellen. Auf diese Verfahrensumstellung ist in der ortsüblichen Bekanntmachung hinzuweisen.
2. Die Entwürfe der Planunterlagen und der Begründung werden gebilligt und für die Auslegung bestimmt. In der Bekanntmachung der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. § 13 Abs. 2 Nr. 2, Abs. 3 Satz 1 und § 3 Abs. 2 BauGB ist darauf hinzuweisen, dass von einer Umweltprüfung nach § 2 Abs.4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind und von der zusammenfassenden Erklärung abgesehen wird.
3. Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange ist nach § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.
4. Die Planung ist mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB abzustimmen.
5. In der Bekanntmachung zur Öffentlichkeitsbeteiligung ist darauf hinzuweisen, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können, sofern die Gemeinde Upahl deren Inhalt nicht kannte und nicht hätte kennen müssen und deren Inhalt für die Rechtmäßigkeit des Bebauungsplanes nicht von Bedeutung ist.

Weiterhin ist mitzuteilen, dass bei Aufstellung eines Bebauungsplanes ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, wenn mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Der Beschluss wird gefasst unter Einbeziehung der vorgenannten Festlegungen.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: 9
 Nein- Stimmen: 1
 Enthaltungen: 0

Herr Voß verlässt den Sitzungsraum (20.30 Uhr).

zu 13 Antrag auf finanzielle Unterstützung zur Anschaffung eines Teppichs
Vorlage: VO/10GV/2015-143

Sachverhalt:

Mit Antrag vom 23.10.2014, eingegangen am 27.10.2014, beantragten Frau Elke Zemke und Frau Doris Rudoll einen Zuschuss i. H. v. 244,59€ für die Anschaffung neuer Auslegware für das Spielzimmer. Die Renovierung war dringend durchzuführen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung Upahl beschließt, den Tagesmüttern Frau Zemke und Frau Rudoll, einen finanziellen Zuschuss i. H. v. **244,59 €** für die Anschaffung eines Teppichs zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: 7
 Nein- Stimmen: 1
 Enthaltungen: 1

zu 14 Beschluss über die Hauptsatzung der Gemeinde Upahl
Vorlage: VO/10GV/2015-144

Sachverhalt:

Nach Inkrafttreten der neuen Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) am 13. Juli 2011 ist am 13. September 2013 auch die neue Entschädigungsverordnung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (EntschVO M-V) in Kraft getreten. Letztere beinhaltet neue Handlungsoptionen für die Kommunen. Die Entscheidung, davon Gebrauch zu machen oder nicht, obliegt nun den Mitgliedern der Gemeindevertretung. Vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltssituation vieler Kommunen erscheint es aus Sicht des Verordnungsgebers besonders wichtig, dass die Kommunen von dem eröffneten Ermessen nachweisbar Gebrauch machen.

Weggefallen ist die Angemessenheitsprüfung der in der Hauptsatzung festgesetzten Beträge.

Wieder enthalten ist eine stichtagsbezogene Ermittlung der Einwohnerzahl, welche für die gesamte Kommunalwahlperiode zur Ermittlung der Höhe der Entschädigung ausschlaggebend ist. Dies gilt, beginnend mit der Einwohnerzahl vom 30.06.2014, ab dem 01.01.2015.

Die Höchstsätze der funktionsbezogenen Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Bürgermeister in Gemeinden bis zu 1.500 Einwohner und Einwohnerinnen wurden ebenso angehoben (von 750,00 € auf 850,00 €) wie die sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung für die Mitglieder der kommunalen Gremien (von 30,00 € auf 40,00 €).

Ganz neu sind folgende Regelungen:

1. Die Stellvertretung des ehrenamtlichen Bürgermeisters kann eine funktionsbezogene Aufwandsentschädigung bekommen (bis zu 20% für die erste und bis zu 10% für die zweite stellvertretende Person).
2. Stellvertretende Personen des ehrenamtlichen Bürgermeisters können zusätzlich zur funktionsbezogenen Aufwandsentschädigung eine sitzungsbezogene Aufwandsentschädigung erhalten.
3. Die Aufwandsentschädigung für den ehrenamtlichen Bürgermeister kann im Verhinderungsfall bis zu drei Monate fortgezahlt werden. Spätestens nach drei Monaten der Verhinderung entfällt die Entschädigungszahlung und die stellvertretende Person erhält die Aufwandsentschädigung des Amtsinhabers.
4. Ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern kann nach der neuen EntschVO eine pauschalierte Entschädigung gezahlt werden, welche nicht mehr gedeckelt ist (bisheriger Höchstbetrag: 20,00 €). Auch diese Entschädigungen sind nach den Kriterien „ob“ und „in welcher Höhe“ in der Hauptsatzung zu regeln.

Hinsichtlich der Hauptsatzung der Gemeinde Upahl bedeutet dies, dass die Gemeindevertretung darüber befinden sollte, ob und in welchem Umfang von den neuen Möglichkeiten der EntschVO M-V Gebrauch gemacht werden soll.

Außerdem sollte bei der Anzahl der Art und Besetzung der gemeindlichen Ausschüsse die Größe der Gemeindevertretung Berücksichtigung finden.

Zusätzlich sind die Änderungen berücksichtigt, welche sich durch die neue KV M-V ergeben. Dies sind insbesondere die Wesentlichkeitsgrenzen der Haushaltswirtschaft und die Entscheidungskompetenzen zur Annahme und Vermittlung von Spenden. Insgesamt schränkt die Hauptsatzung wörtliche Abschriften aus der KV M-V ein und soll durch moderneren Sprachgebrauch die Verständlichkeit verbessern.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die Hauptsatzung der Gemeinde Upahl **mit den Ergänzungen aus der gemeinsamen Ausschusssitzung** in der als Synopse im Entwurf anliegenden Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: 8
Nein- Stimmen: 1
Enthaltungen: 0

zu 15 Beschluss einer neuen Geschäftsordnung für die Gemeinde Upahl Vorlage: VO/10GV/2015-152

Sachverhalt:

Die Geschäftsordnung regelt - wie der Name bereits beinhaltet – den Geschäftsgang einer Gemeinde. Beginnend mit den Ladungsfristen über die Tagesordnung der Gemeindevertretung und der Ausschüsse sowie das Verfahren mit Anträgen und Beschlussvorlagen, bis hin zu Ordnungsmaßnahmen und zur Sitzungsniederschrift. Da die Geschäftsordnung der Gemeinde Upahl bereits fünf Jahre alt ist und zwischenzeitlich eine Kommunalwahl stattgefunden hat, ist es geboten, dass sich die neue Gemeindevertretung eine neue Geschäftsordnung gibt. In der beiliegenden Synopse wurde die Genderrichtlinie ebenso beachtet, wie der Leitfaden des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur sprachlichen Gleichbehandlung von Männern und Frauen. Insgesamt wurde die alte Geschäftsordnung nicht nur inhaltlich sondern auch sprachlich überarbeitet. Auf Abschriften aus der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern wurde dabei so weit wie möglich verzichtet.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die neue Geschäftsordnung für die Gemeinde Upahl **mit den Ergänzungen aus der gemeinsamen Ausschusssitzung**, wie sie als Synopse im Entwurf vorliegt.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: 9
Nein- Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

zu 16 Erklärung zum Einvernehmen gem. § 16 Kindertagesförderungsgesetz für Mecklenburg-Vorpommern (KiföG M-V) Vorlage: VO/10GV/2015-147

Sachverhalt:

Durch die **Erhöhung der Landesanteile und Kreismittel** zum 01.01.2015 um jeweils 4€ in jeder Betreuungsart ergibt sich eine **geringere** Kostenbeteiligung für die Wohnsitzgemeinde sowie für die Eltern.

Gem. Beschluss der Gemeindevertretung vom 27.01.2011 erfolgt die finanzielle Beteiligung für den Krippen-Ganztags (GT) und –Teilzeitplatz (TZ) im Verhältnis von 60% für die Gemeinde und 40% für die Eltern. Die Beiträge stellen sich somit wie folgt dar:

Aufteilung der Kosten ab dem 01.01.2015- 31.12.2015

Krippe	GT	TZ
Land- und Landkreis	267,00€	155,00€
Wohnsitzgemeinde	385,76€	268,72€
Eltern	257,18€	179,14€
Platzkosten gesamt	909,94€	602,86€

Beschluss:

Die Gemeindevertretung Upahl beschließt die finanzielle Beteiligung der Gemeinde Upahl an den Platzkosten der Kita „Landmäuse“ für **2015 sowie für die Folgejahre** wie dargestellt.

Die derzeitige Förderung eines Krippenplatzes über das gesetzliche Maß hinaus, 60% für die Wohnsitzgemeinde und 40% für die Eltern, wird bis zur Fassung eines Änderungsbeschlusses beibehalten.

Abstimmungsergebnis:

Ja- Stimmen: 9
Nein- Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

zu 17 Anfragen und Mitteilungen

- entfällt -

zu 23 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

- entfällt, keine Bürger mehr anwesend -

Springer
Bürgermeister

Köpke
Protokollantin